

Zusammenfassung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre Folgen veranlassten viele Regierungen im OECD-Raum, zur Wiederherstellung solider öffentlicher Finanzen strukturelle Anpassungsprogramme umzusetzen. Das Vertrauen in den Staat hat dadurch jedoch deutlich abgenommen, da es mit den begrenzten staatlichen Mitteln schwierig wurde, den wachsenden Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Zwischen 2007 und 2012 sank das den nationalen Regierungen entgegengebrachte Vertrauen im Schnitt von 45% auf 40%, was die Bemühungen der nationalen staatlichen Stellen, Unterstützung für notwendige Reformen zu finden, erschwerte.

Damit die Regierungen den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger mit den begrenzten, ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gerecht werden können, bedarf es im Bereich der öffentlichen Governance eines neuen Ansatzes. Dieser sollte auf der Schaffung strategischer Kapazitäten, starker Institutionen und wirksamer Instrumente und Prozesse sowie auf eindeutig messbaren Ergebnissen aufbauen. Die in *Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2013* vorgestellten Indikatoren veranschaulichen, welche Fortschritte die OECD-Länder in dieser Hinsicht erzielt haben.

Wichtigste Ergebnisse

- **Trotz beträchtlicher Konsolidierungsbemühungen der Länder bleiben die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Finanzen bestehen.** Die OECD hat Schätzungen des Umfangs der Verbesserung des strukturellen Primärsaldos vorgelegt, die erforderlich wäre, um die Bruttostaatsverschuldung bis 2030 auf 60% des BIP zu senken. Im OECD-Durchschnitt müsste eine Verbesserung um rd. 3% des potenziellen BIP gegenüber der Haushaltsposition von 2012 erzielt werden. Mehrere OECD-Länder sind jedoch nach wie vor mit steigenden Staatsschuldenquoten konfrontiert, und im Schnitt lagen die Staatsausgaben im Jahr 2011 über den Staatseinnahmen. Dies war u.a. den Kosten der Konjunkturpakete und den stagnierenden staatlichen Einnahmen infolge der Wirtschaftskrise sowie dem Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben zuzuschreiben.
- **Die Länder haben neue Haushaltsverfahren eingeführt und neue Governance-Institutionen geschaffen.** Veränderungen des Rahmens für die globale Wirtschaftsgovernance, die erforderlich wurden, als sich die vorhandenen Mechanismen zur Wahrung der Haushaltsdisziplin als unwirksam erwiesen, veranlassen die Länder, die gegenwärtig genutzten Instrumente zu optimieren und neue Strategien umzusetzen. So wurden inzwischen beispielsweise in 97% der OECD-Länder Haushaltsregeln eingeführt, und die durchschnittliche Zahl dieser Regeln pro Land hat sich erhöht. Zwischen 2009 und 2013 wurden in acht Ländern unabhängige fiskalische Institutionen eingerichtet, um die Haushaltsdisziplin zu stärken, Wirtschaftsdaten bereitzustellen und eine Ressourcenallokation nach dem Prinzip der Nutzenmaximierung sicherzustellen.

- **Das öffentliche Beschäftigungsniveau ist in der Tendenz langfristig stabil.** Die Beschäftigung im Staatssektor blieb mit einem Anteil von knapp unter 16% der Gesamterwerbsbevölkerung zwischen 2001 und 2011 weitgehend konstant. Gemessen an den durchschnittlichen Ausgaben des öffentlichen Sektors, die sich im Jahr 2011 auf 45,4% des BIP beliefen, ist dies vergleichsweise wenig und veranschaulicht die zentrale Rolle des Outsourcing. Zwar haben mehrere OECD-Länder im Rahmen ihrer Haushaltskonsolidierungspläne Einstellungsstopps bzw. Stellenkürzungen angekündigt, ein deutlicher Rückgang der Beschäftigung im öffentlichen Sektor ist auf lange Sicht jedoch nur schwer zu erreichen, da die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger laufend zunehmen.
- **Es bedarf zusätzlicher Mechanismen, um die Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Sektor zu gewährleisten.** Die Regierungen haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Chancengleichheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst sicherzustellen; beispielsweise haben sie Einstellungs- und Beförderungsziele sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben eingeführt. Die Daten zeigen jedoch, dass mehr als 50% (in manchen Fällen fast 90%) der Sekretariatstätigkeiten von Frauen ausgeübt werden, während Frauen in gehobeneren Positionen wesentlich weniger gut repräsentiert sind. Die Korrekturmaßnahmen zum Ausgleich solcher Disparitäten umfassen u.a. ein Gender Responsive Budgeting (GRB), also eine Haushaltsplanung unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten, durch die der Frage der Gleichstellung von Mann und Frau in allen Etappen des Haushaltszyklus Rechnung getragen wird. Dadurch sollen „geschlechtsblinde Ausgaben“ vermieden und die Wirksamkeit staatlicher Programme durch die Identifizierung von in geschlechtsspezifischer Hinsicht unangemessenen Folgen der Mittelverwendung erhöht werden. Eine solche Haushaltsplanung wurde jedoch in weniger als der Hälfte der OECD-Länder eingeführt.
- **Das öffentliche Auftragswesen wird von den Ländern strategischer eingesetzt.** Viele OECD-Länder nutzen innovative Vergabeinstrumente, um Skaleneffekte zu erzielen (94% etwa nutzen Rahmenvereinbarungen), strukturieren die Beschaffungsabteilungen neu, konsolidieren die Beschaffung und machen im Beschaffungsprozess von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) Gebrauch (97% nutzen nationale E-Procurement-Systeme für öffentliche Ausschreibungen). Außerdem setzen zahlreiche OECD-Länder die öffentliche Beschaffungspolitik nicht nur zur Optimierung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses ein, sondern verfolgen damit auch andere Zielsetzungen wie Innovation, nachhaltiges Wirtschaftswachstum (73% fördern ein umweltfreundliches Beschaffungswesen), KMU-Förderung (70% fördern die Auftragsvergabe an KMU) und faire Rahmenbedingungen beim Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten.
- **Die Offenlegung der Vermögensverhältnisse und Privatinteressen von Entscheidungsträgern bleibt ein wichtiges Instrument bei der Behandlung von Interessenkonflikten.** In fast allen Ländern sind die Entscheidungsträger verpflichtet, ihre Vermögensverhältnisse und Einkommensquellen offenzulegen. Eine Offenlegung von vorherigen Beschäftigungsverhältnissen und Verbindlichkeiten ist indes nur in wenigen Ländern erforderlich.
- **Offene Verwaltungsdaten (Open Government Data - OGD) entwickeln sich zunehmend zu einem wichtigen Instrument im Bereich der Governance.** Knapp über die Hälfte der OECD-Länder verfügt über eine nationale Strategie zur Bereitstellung offener Verwaltungsdaten für Bürgerinnen und Bürger. 12% der Länder gaben an, dass in den einzelnen Fachministerien gesonderte OGD-Strategien verfolgt werden, und 28% haben

sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene diesbezügliche Strategien entwickelt. Als wichtigste Prioritäten im Zusammenhang mit offenen Verwaltungsdaten werden Transparenz, Offenheit, Steigerungen des Geschäftsvolumens im privaten Sektor sowie Unternehmensneugründungen genannt. Darüber hinaus sind sich die Länder des Potenzials offener Verwaltungsdaten im Hinblick auf eine Verbesserung der Dienstleistungserbringung bewusst. Die potenziellen Auswirkungen auf die Beteiligung der Bürger an öffentlichen Debatten und am Entscheidungsprozess gehören allerdings nicht zu den wichtigsten Prioritäten.

- **Die Bürgerinnen und Bürger haben größeres Vertrauen in die öffentlichen Dienstleistungen, die sie in Anspruch nehmen, als in das abstrakte Konzept Staat.** Obwohl das Vertrauen in den „Staat“ sinkt, sind die Bürgerinnen und Bürger eigenen Angaben zufolge mit den öffentlichen Dienstleistungen zufrieden. So gaben etwa 72% an, Vertrauen in die örtliche Polizei zu haben. Fast der gleiche Prozentsatz betrachtete das Gesundheitsversorgungsangebot als zufriedenstellend, und 66% äußerten sich zufrieden mit dem Bildungssystem und den Schulen in ihrer Stadt oder Gegend. Im Schnitt blieb der Grad der Zufriedenheit während und unmittelbar nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise weitgehend unverändert.
- **Den Regierungen der OECD-Länder ist es in zunehmendem Maße ein Anliegen, hochwertige öffentliche Güter und Dienstleistungen für ein breites Spektrum der Bevölkerung bereitzustellen.** Viele Länder führen Leistungsstandards für die Erbringung von Dienstleistungen ein und greifen dabei auf Mechanismen zurück, durch die von der Bevölkerung Feedback eingeholt und in den Prozess integriert werden kann. In dieser Ausgabe von *Regierung und Verwaltung auf einen Blick* werden erstmals vier Aspekte der Dienstleistungsqualität – Erschwinglichkeit, Bürgerorientierung, Zuverlässigkeit und Bürgerzufriedenheit – verglichen, und zwar nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch zwischen den wichtigen öffentlichen Dienstleistungsbereichen Bildung, Gesundheitswesen, Justiz und Steuerverwaltung.



From:
Government at a Glance 2013

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/gov_glance-2013-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Zusammenfassung", in *Government at a Glance 2013*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264209541-3-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.